

„Wertorientierung als Handlungsmaxime. Was folgert daraus für die AWO?“
Vortrag von Dr. Hans-Jochen Vogel
im Rahmen einer Vortragsreihe des AWO-Bezirksverbandes Oberbayern
in Kochel am 5. September 2008, 15.00 Uhr

Anrede

1.

Meine gesundheitlichen Verhältnisse und mein nun doch schon fortgeschritteneres Alter verbieten es mir zunehmend, Vortragsverpflichtungen zumal dann zu übernehmen, wenn sie mit gewissen An- und Abreisen verbunden sind. Zusagen gebe ich deshalb seit einiger Zeit nur noch in Ausnahmefällen. Dies heute ist ein solcher Ausnahmefall. Weil mir das Thema am Herzen liegt. Und weil ich mich der AWO, der ich seit über fünfzig Jahren angehöre, besonders verbunden fühle. Mit ihr habe ich auch in all meinen Funktionen kontinuierlich zusammen gearbeitet. Als Münchner und als Berliner Bürgermeister ebenso wie als Bundesminister und als Fraktions- und Parteivorsitzender. Besonders gut erinnere ich mich an Lotte Lemke und an Kurt Partsch. Und natürlich auch an Manfred Ragati. Zur Zeit von Kurt Partsch fungierte ich auch als Kontaktmann des Parteivorstandes zum Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt. Dabei rief ich ein gewisses Erstaunen hervor, weil ich zu jeder Sitzung des Bundesvorstandes erschien und mich jeweils an der Debatte beteiligte - manchmal natürlich auch als „Oberlehrer“. Auch Namen aus der bayerischen und der Münchner AWO sind mir natürlich durchaus präsent. So etwa von Anton Weiß, dem langjährigen Vorsitzenden der Münchner AWO, und von Hans Weinberger, der seinerzeit Landesvorsitzender war und dessen Namen die AWO-Akademie noch heute trägt. Aber auch von Seban Dönhuber, an dessen feierlicher Verabschiedung am Ende seiner sehr erfolgreichen Amtszeit ich im Jahr 2004 teilgenommen habe.

Das angekündigte Thema meines Vortrages habe ich ein wenig modifiziert und nunmehr wie folgt gefasst: „Wertorientierung als Handlungsmaxime. Was folgert daraus für die AWO?“ Diese Fassung erscheint mir etwas präziser. Dem gemäß werde ich mich zunächst ganz allgemein der Frage widmen, warum wir uns an Werten orientieren sollen, welche Werte dafür als verbindlich angesehen werden müssen und aus welchen Überzeugungen wir diese Werte ableiten können (2). In einem zweiten Teil gehe ich dann auf die Folgerungen ein, die sich daraus für die AWO ergeben - jedenfalls aber ergeben sollten - (3). Daran knüpfe ich noch eine kurze Schlussbemerkung (4).

Erwarten Sie nun bitte von mir keine philosophisch/ethische Grundsatzuntersuchung. Und auch keine verfassungsrechtliche oder politikwissenschaftliche Vorlesung. Was ich bieten kann, sind Bemerkungen eines politischen Praktikers, der in all' seinen öffentlichen Funktionen immer wieder der Frage nach den für die Orientierung seines Handelns maßgebenden Kriterien - also der Wertefrage - begegnet und dabei eben zu dem Ergebnis gekommen ist, dass wir ohne Werte nicht leben können. Existieren: Ja. Aber sinnerfüllt leben und am Ende mit sich einigermaßen im Reinen sein: Nein.

2.

Schon die Frage, ob wir eine Orientierung an Werten brauchen, ist im Grunde bereits eine Wertefrage, die sich auch mit der Frage nach dem Sinn unseres Daseins verknüpft. Denn nur, wer sie bejaht, wird sich dann im einzelnen mit dem Begriff und dem Inhalt von Werten auseinandersetzen. Natürlich wird die große Mehrheit rechtlich-verbindliche Regeln schon ihrer Sanktionierung wegen auch ohne Werterwägungen befolgen. Aber wie verhält es sich in den Freiräumen, die von rechtlichen Regelungen nicht erfasst sind, und insbesondere in den Grundfragen des menschlichen Daseins und den sich daraus ergebenden Folgerungen? Wie belastbar sind einmal getroffene Entscheidungen? Was auch wird im Rahmen der Erziehung an die jüngere Generation weitergegeben?

Manche meinen, es gelte im Zweifel der Grundsatz der Beliebigkeit. Alles gehe und auf nichts komme es an, wenn es nur Spaß mache. Das ist ein ausgesprochen egozentrischer

Ansatz, der für soziale Bindungen und für die Verantwortung für andere oder gar eine Mitverantwortung für das Gemeinwesen wenig Raum lässt. Selbst die Vorstellung, man habe für das eigene Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen, erscheint da eher befremdlich.

Ein Gemeinwesen ruht auf einem brüchigen Fundament, wenn solche Auffassungen stärker verbreitet sind. Beliebigkeit wird dann zur Unberechenbarkeit. Sorge für die Schwächeren und Leistungen für die Allgemeinheit können dann nur erzwungen werden. Die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen verlieren an Haltbarkeit und Verlässlichkeit. Und der einzelne, der so denkt, wird auf die Frage nach dem guten, dem gelungenen Leben nur mit dem Streben nach einem Maximum an Spaß und Lustgewinn antworten.

Welche Werte sollen nun maßgebend sein? Als Pedant beginne ich hier mit einem Versuch, den Begriff „Wert“ zu definieren. Solche Definitionen gibt es in größerer Zahl. Philosophen sprechen davon, dass der Wert als abstrakte Gutheit mit dem konkreten Guten zusammenfällt. Auch vom Wert als Haltung ist die Rede, mit der der Mensch auf das Gute antwortet. Andere meinen, Werte seien positive Vorstellungen über erreichbare Lebenszustände. Für mich sind Werte Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und für das gemeinschaftliche Handeln, das diese Wirklichkeit zum Besseren verändern oder ihre Verschlechterung abwenden will. Sie sind also Kriterien für die Beurteilung unseres individuellen, aber auch des gemeinschaftlichen Tun und Handelns.

Es würde zu weit führen, hier einen Katalog relevanter Werte aufzustellen. Für mich sind die wichtigsten die Menschenwürde, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Solidarität und der Friede. Das zeigt schon, dass Werte für mich nicht identisch mit Tugenden sind. Zu ihnen zählen die Tapferkeit, die Besonnenheit oder auch Mäßigung, die Klugheit und die Gerechtigkeitsliebe als die sogenannten Kardinaltugenden. Damit werden individuelle Eigenschaften umschrieben, die durch Übung erworben werden können. Eigenschaften, die es leichter machen, sich an den genannten Werten zu orientieren. Hierher gehören auch die sogenannten Sekundärtugenden - also beispielsweise Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Ordnungsliebe, Genauigkeit, Zuverlässigkeit, Höflichkeit - um nur einige zu nennen. Auch sie sind keine Werte an sich. Sondern Hilfseigenschaften, die für die Realisierung von Werten bedeutsam sein können.

Gibt es über die von mir genannten Werte in unserem Land ein generelles Einvernehmen? Wer diese Frage mit einiger Genauigkeit beantworten wollte, müsste eine sehr breite Befragung durchführen. Nach meinem Eindruck würde eine Mehrheit mit „Ja“ antworten. Unabhängig davon liegen diese Werte jedenfalls dem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm und insbesondere der Grundordnung unseres Gemeinwesens zu Grunde - nämlich unserem Grundgesetz. Unsere Verfassung ist eben nicht nur eine Zusammenstellung von Organisations- und Verfahrensvorschriften, sondern auch eine Wertordnung.

Der zentrale Wert der Menschenwürde steht beispielsweise gleich im ersten Satz des ersten Artikels des Grundgesetzes. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es dort. Und der zweite Absatz des Artikels fährt fort: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Das sind zugleich die substantiellen Antworten, die die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Ideologie des menschenverachtenden NS-Gewaltregimes und seine maßlosen Verbrechen gegeben haben.

Aber auch die anderen von mir erwähnten Werte haben im Grundgesetz ihren Niederschlag gefunden. Die Freiheit der Person und ihre Handlungsfreiheit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt, in Artikel 2, die Gerechtigkeit in Gestalt des Rechtsstaatsprinzips und die Solidarität in Gestalt des Sozialstaatsprinzips in Artikel 20. Und der schon in Artikel 1 Absatz 2 erwähnte Friedensgedanke im Artikel 26 Absatz 1, in dem es heißt: „Handlungen, die geeignet sind

und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören und insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Die Bedeutung der eben genannten wertbezüglichen Normen wird noch dadurch unterstrichen, dass Artikel 79 Absatz 3 eine Änderung der in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze für unzulässig erklärt. Man kann sie also getrost als Fundamentalnormen bezeichnen. Oder - so hat Adolf Arndt gesagt - als das Unabstimmbare, das der Verfassung vorausliegt.

Wertorientierungen lassen auch die meisten Grundrechte erkennen. So etwa die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4), der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6), die Gewährleistung des Eigentums (Art. 14) und das Asylrecht (Art. 16). Noch eine Bestimmung ist in diesem Zusammenhang eigens anzusprechen. Und das ist die Stelle in der Präambel des Grundgesetzes, an der von der „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ die Rede ist. Dieser Teil der Präambel ist übrigens im Parlamentarischen Rat auch von den Atheisten gebilligt worden, weil sie jedenfalls besagt, dass der Mensch nicht allwissend und allmächtig ist und dass er sich zu verantworten hat.

Keine Bestimmungen trifft das Grundgesetz darüber, aus welchen Überzeugungen und mit welchen Begründungen die Werte abgeleitet sind. Das ist Sache jedes einzelnen. Ein Zwang, wie er in früheren Jahrhunderten in dieser Hinsicht auch im Abendland ausgeübt worden ist, würde nach heutigem Verständnis die Menschenwürde verletzen. Für mich persönlich liefert die christliche Botschaft die überzeugendste Begründung. Das gilt schon für den Hauptgrundwert der Menschenwürde. Den sehe ich in der biblischen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen verankert. Das verbietet mir, Menschen als Objekt, also als Mittel zum Zweck zu instrumentalisieren. Es verbietet meines Erachtens auch - um ein aktuelles Beispiel zu nennen - Menschen mit Hilfe der Gentechnik sozusagen auf Bestellung und Vorrat mit den jeweils gewünschten Eigenschaften und Fähigkeiten herzustellen. Denn damit würde der Mensch zum Produkt und die Zeugung zur Produktion, für die dann die Regeln der Produktoptimierung, der Produktkontrolle und der Aussonderung misslungener Produkte gelten.

Meine Überzeugung gibt mir Sicherheit, sie vermittelt mir aber kein Überlegenheitsgefühl gegenüber denen, die sich auf andere Begründungen beziehen. Auf den Kant'schen kategorischen Imperativ zum Beispiel. Oder auf den Humanismus. Oder auf andere Religionen, denen sie angehören. Hier gilt das Gebot der Toleranz, soweit nicht im Einzelfall aus diesen Begründungen Positionen abgeleitet werden, die unserer Verfassung widersprechen. Toleranz heißt dabei nicht Gleichgültigkeit. Sondern eine Vertretung der eigenen Überzeugung, die sich mit Respekt gegenüber den anderen verbindet und wechselseitig zum Nachdenken Anlass gibt. Bekanntlich sagt ja auch das sozialdemokratische Grundsatzprogramm ausdrücklich, dass die Partei nicht für diese letzten Fragen zuständig ist, sondern jeder sich selbst entscheiden muss. Nicht darüber, ob die Wert zu beachten sind, sondern darüber, wie er ihre Geltung für sich herleitet.

Ist die Geltung der in Rede stehenden Werte gefährdet? Gehören sie der Vergangenheit an? Manche überschlagen sich da mit negativen Prognosen und reden ganz allgemein von einem fortschreitenden Werteverfall. Diese pauschalen Urteile teile ich nicht. Aber ich sehe durchaus Entwicklungen, denen es zu begeben gilt.

Nicht zu diesen Entwicklungen gehören für mich die Prozesse, die mit dem Begriff „Pluralisierung“ und „Individualisierung“ bezeichnet werden. Zur Pluralisierung - wohl gemerkt der Begründungen - habe ich mich gerade schon geäußert. Und die Individualisierung bedeutet ja nicht einfache individuelle Nutzenmaximierung, sondern sie bedeutet, dass sich der einzelne eine eigene Überzeugung bildet und diese nicht ohne eigenes Nachdenken übernimmt, weil er etwa in einem Milieu aufwächst, das ihm keine andere Wahl lässt. Darin kann ich nichts Schlechtes sehen, zumal sich diese Milieus - und damit auch die stummen Zwänge, die von ihnen ausgehen - mehr und mehr auflösen. Natürlich kann das zu einer Abnahme formeller Mitgliedschaften führen; bei den Parteien

und anderen Großorganisationen ebenso wie bei den Kirchen. Aber einer, der kraft eigenen Nachdenkens zu einer festen Überzeugung gelangt ist und diese dann auch entsprechend vertritt, ist mir allemal lieber als eine Mehrzahl, deren Verwurzelung eher an der Oberfläche bleibt.

Aber es gibt durchaus aktuelle Gefährdungen unserer Werteordnung. Ich denke dabei an die Beschleunigung aller Prozesse, an die steigende Flut von Informationen und Reizen und im besonderen an die wachsende Rolle des Marktes, der sich mehr und mehr zur maßgebenden Entscheidungsinstanz aufschwingt, und die damit verbundene zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Die Akzeleration, die sich im technischen Bereich mitunter geradezu überstürzt, und nicht minder die Entgrenzung von Zeit und Ort drohen die Menschen zu überfordern. Beide verlangen von ihnen immer mehr Mobilität und immer mehr Flexibilität. Sie sollen zumindest ihre Arbeitsorte rasch wechseln und auch die Art ihrer Tätigkeit kontinuierlich verändern können. Außerdem sollen sie jederzeit erreichbar sein und ihre berufliche Arbeit nicht nur am Arbeitsplatz, sondern ebenso zu Hause und auch an beliebigen anderen Plätzen verrichten. Das gefährdet den Halt, dessen sie in ihrem sozialen Umfeld bedürfen, und macht sie in extremen Fällen zu Spielbällen der Kräfte, die von außen her auf sie einwirken.

Die Flut von Informationen und Reizen geht vor allem von den elektronischen Medien aus. Sie macht es dem Menschen schwer, ein klares Bild von den Ereignissen zu gewinnen und zu erkennen, wer jeweils für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Reize gehen wiederum primär von elektronischen, aber auch von den sogenannten Boulevard-Medien aus, die sich von Event zu Event forthangeln, eine Skandalisierung an die andere reihen und so einen Bewusstseinszustand nicht ganz weniger herbeiführen, der sich mit Virtualität lieber beschäftigt als mit Realität, der letzten Endes ins Leere geht, keine Visionen mehr sieht und auch sonst der Orientierung ermangelt. Oder sich gar an Gewaltdarstellungen berauscht.

Am gefährlichsten erscheint mir indes die durch die Globalisierung geförderte umfassende Ökonomisierung, das heißt die Entwicklung, die dem Markt wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen überlässt und ihn aus einem nützlichen, anderen Wirtschaftsordnungen überlegenen Instrument zum bestimmenden Faktor werden läßt, obwohl er für die sozialen und ökologischen Folgen seiner Entscheidungen blind ist. Der materielle Erfolg wird damit zum entscheidenden Kriterium. Und der shareholder-value - also der Aktienwert - zu dem „Wert“, der alle wirklichen Werte verdrängt. Und das eben mehr und mehr auch in Lebensbereichen, in denen das ökonomische Prinzip nichts zu suchen hat. Der Spitzensport mit seiner Dopingproblematik möge als Indiz dafür genügen. Das alles läuft auf eine Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, auf einen Abbau der sozialen Sicherungssysteme und auf eine Erschütterung des durch die Langzeitarbeitslosigkeit ohnehin gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalts hinaus. Was die Kluft zwischen Arm und Reich angeht, ist diese auch weltweit relevant, weil es die schon jetzt elementar ungerechte Verteilung von Wohlstand und Macht auf unserem Planeten weiter verschärft.

Noch ein weiteres Beispiel für materielle Maßlosigkeit, die sich über alle wertbezogenen Grenzen hinwegsetzt, möchte ich erwähnen. Das sind die exorbitanten Steigerungen der Bezüge von Vorstandsvorsitzenden bestimmter Unternehmen. Die sind in den letzten Jahren um mehr als hundert Prozent, in einzelnen Fällen bis zu dreihundert Prozent erhöht worden. Und das in einer Zeit, in der die gleichen Vorstände ihre Mitarbeiter zum Maßhalten auffordern, ihnen Kürzungen zumuten oder ihnen sogar den Abbau ihrer Arbeitsplätze ankündigen. Unternehmen erscheinen dann nur noch als Einrichtungen zur Gewinn-Maximierung, nicht als soziale Verbände, deren Glieder wechselseitig füreinander Verantwortung tragen. Dabei sagt Artikel 14 Grundgesetz in seinem Absatz 2 ausdrücklich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Auch deshalb wird in demselben Artikel das Eigentum gewährleistet.

Erstaunlicherweise kann ich mich hier auch auf Adam Smith, dem Begründer der Marktwirtschaftstheorie, beziehen. Er hat einmal in seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ geschrieben: „Mag man den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch

offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal Anderer Anteil zu nehmen und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser Anderen zum Bedürfnis machen, obgleich er keinen anderen Vorteil daraus zieht, als Zeuge davon zu sein.“

Es ist also notwendiger denn je, auf die Wertordnung insgesamt und die konkreten Werte zurückzugreifen. Und ihre Begründungen in die Diskussion einzubringen. Wolfgang Böckenförde, der große Verfassungsrechtler, hat doch Recht, wenn er sagt, dass der Staat - jedenfalls allein - die Voraussetzungen nicht schaffen kann, von denen seine Verfassungsordnung lebt. Dazu bedarf es des Engagements seiner Bürgerinnen und Bürger, der gesellschaftlichen Institutionen - darunter auch der Kirchen -, der politischen Parteien und aller gesellschaftlichen Organisationen, und unter ihnen eben in besonderem Maße auch der AWO.

3.

Was bedeutet das nun für die AWO im speziellen? Zunächst folgere ich aus dem schon Gesagten, dass sich die AWO immer wieder auf ihre Geschichte und auf den Grundwert der Solidarität besinnen muss. Um Schwächeren zu helfen, also um Solidarität zu üben, ist sie ja auch im Dezember 1919 als ein Ausschuss beim SPD-Parteivorstand von der damaligen Frauensekretärin der Partei, Maria Juchacz, ins Leben gerufen worden. Den Hintergrund, auf dem dies geschah, beschrieb sie damals so:

„Der Krieg hatte große psychologische Änderungen und solche der äußeren Lebensgewohnheiten und Anschauungen verursacht. Nahrungsmittelmangel, Massenerkrankungen von Kindern und Erwachsenen als Folgen vorhergehender Unterernährung und Überanstrengung, bestimmte Demoralisierungserscheinungen vornehmlich auch bei der Jugend, zerrüttete Ehen, Verwilderung der Sitten, Inflationen und allgemeine politische Verwirrung beherrschten das Bild des sozialen Lebens.“

Zum zentralen Motto wurde in jener Zeit die ihr von Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, mit auf den Weg gegebene Losung: „Arbeiterwohlfahrt ist die Selbsthilfe der Arbeiterschaft“.

Schon in den Jahren von ihrer Gründung bis zum Beginn der Hitler'schen Gewaltherrschaft im Jahre 1933 leistete die Arbeiterwohlfahrt, die rechtlich betrachtet in dieser Zeit ein Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei blieb, Beachtliches. 1931 waren nicht weniger als 135.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der Kindererholung und im Kinderschutz, in der Altenbetreuung und Jugendhilfe, in Notstandsküchen und Werkstätten für Behinderte und Erwerbslose sowie in Selbsthilfenähstuben tätig. Nach Anbruch der NS-Gewaltherrschaft war für die Arbeiterwohlfahrt kein Platz mehr. Sie wurde aufgelöst, ihr Vermögen und ihre Einrichtungen enteignet und viele ihrer Funktionäre verfolgt.

Nach dem Ende des Krieges und der Gewaltherrschaft nahm die Arbeiterwohlfahrt von neuem ihre Arbeit auf und organisierte sich nun als selbständiger Verband. Heute ist sie einer der großen Wohlfahrtsverbände unserer Republik, der mit über 400.000 Mitgliedern, mit über 13.000 Einrichtungen und Diensten, darunter 1.600 stationäre Einrichtungen und Dienste für ältere Menschen und an die 2.000 Kindergärten und Kindertagesstätten, mit 146.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und 100.000 ehrenamtlichen Helfern nicht aus der sozialen Wirklichkeit hinweg gedacht werden kann.

Dennoch oder gerade deswegen steht sie jetzt neuen Herausforderungen von großer Tragweite gegenüber. Gewiss: Wir sind im internationalen Vergleich ein reiches Land. Und unser Bruttosozialprodukt ist pro Kopf höher als das der meisten anderen Länder. Aber dessen ungeachtet haben wir es noch immer mit einer zu hohen Arbeitslosigkeit und insbesondere mit einem zu hohen Prozentsatz von Langzeitarbeitslosen zu tun. Auch verbreitert sich die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Vermögenslosen und Eigentümern großer Vermögen ebenso wie die zwischen Beziehern hoher und Beziehern minimaler Einkommen, die unter dem Mindest-Lebensbedarf liegen, weiter kontinuierlich. Die Sozialdemokratie hat das in ihrem neuen Grundsatzprogramm ausdrücklich hervorgehoben.

Auch die Integration der bei uns lebenden Migranten ist noch keineswegs bewältigt und wird eine Daueraufgabe bleiben. Die demographische Entwicklung wirft weitere Probleme auf, deren ganzes Ausmaß erst jetzt hinreichend deutlich wird. Die Zahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich allein nicht helfen können, nimmt daher insgesamt nicht ab, sondern zu.

Die Zahl derer zum Beispiel, denen es einfach an den materiellen Mitteln mangelt, um ein Leben in Freiheit zu führen, das unseren Vorstellungen von einem menschenwürdigen Dasein entspricht. Oder die Zahl derer, die wegen ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes, ihrer sozialen Situation oder als gefährdete Jugendliche aus sozial ineffektiv gewordenen Familien, als Arbeitslose in besonderen Notlagen, als isoliert lebende Migranten oder auch als entlassene Strafgefangene der Hilfe bedürfen, um nicht zu verzweifeln, zu vereinsamen, in ihrem Menschsein zu verkümmern.

Natürlich ist hier in erster Linie der Staat und die Politik gefordert. Und es ist ja in den letzten Jahren auf den hier relevanten Gebieten eine ganze Menge geschehen, um den genannten Herausforderungen zu begegnen. Etwa zur Konjunkturbelebung und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, zum Abbau der horrenden Staatsverschuldung und auf den Feldern der Familienpolitik und der Integration - um nur etliche Beispiele zu nennen. Beigetragen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit hat auch die Agenda 2010. Das anerkennen inzwischen auch frühere Kritiker, die einräumen, dass sie einen langen, in die neunziger Jahre zurückreichenden Reformstau aufgelöst hat. Die inzwischen erzielten Fortschritte haben es auch möglich gemacht, die Agenda in einem konkreten Punkt - nämlich hinsichtlich der Zeitdauer und den Voraussetzungen für den Bezug des Arbeitslosengeldes I - fortzuentwickeln.

Aber das ändert nichts daran, dass mehr Menschen als in früheren Jahrzehnten auf Hilfe angewiesen sind. Dass zu viele Gefahr laufen, an den ihnen von der Verfassung gewährleisteten Grundrechten nicht ausreichend teilhaben zu können und so auch ihr Selbstwertgefühl und ihre Selbstachtung zu verlieren. Also ist die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren mehr denn je gefordert. Notwendig ist aber auch die Auseinandersetzung mit einer Zeitströmung, die auf eine mehr oder weniger vollständige Ökonomisierung unserer Gesellschaft abzielt.

Mit all dem ist die Arbeiterwohlfahrt konfrontiert. Sie sieht sich aber noch einem weiteren speziellen Problem gegenüber. Nämlich einer Tendenz, freie Wohlfahrtsverbände künftig wie beliebige andere wirtschaftliche Erwerbsunternehmen zu behandeln. Mit anderen Worten auch sie zu ökonomisieren und auch über ihr Engagement letzten Endes den Markt entscheiden zu lassen. Erfreulicherweise sind dieser Tendenz, die zunächst auch in der Brüsseler EU-Kommission spürbar wurde, mittlerweile gewisse Grenzen gesetzt worden. Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse dürfen jetzt nach einer verbindlichen Mitteilung der Kommission vom April 2006 nach Maßgabe nationaler Definitionen von bestimmten EU-Regeln - etwa dem Beihilfeverbot und der Ausschreibungspflicht - ausgenommen werden. Einigermaßen gesichert erscheinen auch die steuerlichen Vergünstigungen, die an die Gemeinnützigkeit anknüpfen. Erfreulicherweise wurde hier vor kurzem - wenn auch unter recht engen Voraussetzungen - auch die steuerliche Berücksichtigung von Zeitspenden, das heißt von ehrenamtlichen Arbeitsleistungen, thematisiert. Wachsamkeit ist hier dennoch auch in Zukunft geboten.

Die Arbeiterwohlfahrt hat sich mit diesen Entwicklungen intensiv auseinander gesetzt und ihr Grundsatzprogramm im Jahr 1998 in Düsseldorf auf einen aktuellen Stand gebracht. Darin heißt es gleich zu Beginn:

„Die Arbeiterwohlfahrt kämpft mit ehrenamtlichem Engagement und professionellen Dienstleistungen für eine sozial gerechte Gesellschaft. Wir bestimmen - vor unserem geschichtlichen Hintergrund als Teil der Arbeiterbewegung - unser Handeln durch die Werte des freiheitlich-demokratischen Sozialismus: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.“

Und dann weiter:

„Wir praktizieren Solidarität und stärken die Verantwortung der Menschen für die Gemeinschaft. Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität an. Wir sichern dies durch unsere ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Das zeigt, dass die Arbeiterwohlfahrt ihre Ursprünge nicht vergessen hat und ihren Weg nach Grundsätzen fortsetzen will, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Dass sie sich und ihre Arbeit an Werten orientieren will. Als alter Sozialdemokrat freut mich dabei besonders, dass auch an dem Begriff des demokratischen Sozialismus in der Bedeutung festgehalten wird, die ihm 1959 das Godesberger Programm gegeben hat. Seitdem wird er bekanntlich nicht als mit geschichtlicher Gesetzmäßigkeit eintretender Endzustand, sondern als die dauernde Aufgabe definiert, die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden. Dass andere diesen Begriff missbraucht haben, ist für mich kein hinreichender Grund, ihn abzulegen. Das im Oktober letzten Jahres in Hamburg beschlossene neue sozialdemokratische Grundsatzprogramm hat das erfreulicherweise bekräftigt.

Inzwischen hat die Arbeiterwohlfahrt aber auch die Notwendigkeit von strukturellen Reformen erkannt, um ihre Aufgaben auch unter veränderten Bedingungen erfüllen zu können. So will sie ihre Einrichtungen stärker zusammenfassen und die wirtschaftliche Seite ihrer Tätigkeit so gestalten, dass sie mit gewerblichen Anbietern am Markt sozialer Dienstleistungen besser konkurrieren kann. Ehrenamtliche Vorstände sollen vor Haftungsansprüchen stärker geschützt und hauptamtlichen Mitarbeitern mehr Sicherheit gegeben werden. Aber eben nicht, um Renditen zu erzielen, sondern um hilfsfähig zu bleiben. Darum auch will die Arbeiterwohlfahrt die konkrete ehrenamtliche Mitarbeit, die Solidarität zur unmittelbaren Lebenserfahrung werden lässt, beibehalten und weiterhin ein mitgliederstarker Verband sein, der sich mehr als bisher der jüngeren Generation öffnet. Nicht zuletzt von der Mitgliederzahl hängt ja auch das politische Gewicht des Verbandes ab, wenn er auch künftig zugunsten des Sozialstaats seine Stimme erhebt.

4.

Ich weiß, ich habe Ihnen einiges zugemutet. Aber wer mich einlädt, muss damit rechnen. Auch bitte ich, mir nachzusehen, dass ich in meinem Referat nur von der AWO insgesamt und nicht vom bayerischen Landesverband oder von Eurem Bezirksverband gesprochen habe. Aber Ihr seid ja Glieder des Bundesverbandes. Und was ich dargelegt habe, gilt auch für Euch.

Deshalb schließe ich mit zwei Bitten, die ich an Euch stellvertretend für die gesamte Arbeiterwohlfahrt richte. Die erste lautet: Unterwerft Euch nicht uneingeschränkt den ökonomischen Zwängen! Soziale Dienstleistung ist mehr als Nachfrage und Angebot, über dessen Preis dann allein der Markt entscheidet. Sie ist auch Austausch von Mitmenschlichkeit, ist gegenseitiges Einstehen für einander. Gerade darum sind die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auch in Zukunft unentbehrlich. Meine zweite Bitte äußere ich so: Setzt Euch dafür ein, dass die Kluft zwischen arm und reich, zwischen Privilegierten und Zurückbleibenden nicht noch weiter wächst, sondern sich wieder verringert. Möglich ist das, wenn wir das Gebot der sozialen Gerechtigkeit ernst nehmen und nicht nur im Einzelfall helfen, sondern auch die Strukturen unseres Gemeinwesens entsprechend verändern. Wenn wir uns eben an Werten orientieren, und zwar gerade auch an unseren sozialdemokratischen Grundwerten und der Wertordnung, die unserem Grundgesetz zugrunde liegt.